

# Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen.  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. L. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20.  
in Grätz bei J. Kreisland,  
in Meseritz bei J. Matthias,  
in Wreschen bei J. Jadesch.

Annoncen.  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, Minden,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Nasse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 709.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 9. Oktober.

Selbstredend ist die geschwollene Petition über herrenstamm, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 585 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 8. Okt. Der König hat den Landrat Brunner zu Bischöfssburg zum Direktor der Bezirksverwaltungsgerichte in Stettin und Stralsund, unter Anweisung des Wohnstiles in Stettin, und den Rittergutsbesitzer Becker auf Wormser Neidenburg zum Landrat des Kreises Neidenburg ernannt, sowie dem Fabrikbesitzer Münzer zu Opeln den Charakter als Kommerzienrat verliehen.

Der ordentliche Lehrer Schramm am Gymnasium zu Bromberg ist zum Oberlehrer befördert und der ordentliche Lehrer Dr. Bellings vom Gymnasium in Lissa als Oberlehrer an das Gymnasium zu Bromberg berufen worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers an dem Realgymnasium zu Brandenburg a. H. Pitsch zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden. Der Erste Lehrer Dr. vom Berg vom Schullehrer-Seminar in Verden ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar in Mörs versetzt.

## Politische Übersicht.

Posen, 9. Oktober.

Der Bundesrat wird demnächst den Ausführungs-entwurf der kaiserlichen Verordnung berathen, welche die Spanien und Italien durch die Handelsverträge gewährten. Solle man auch solchen Staaten, welche keinen vertragsmäßigen Anspruch haben, zu Theil werden lassen, wenn von denselben andere Staaten hinsichtlich der Ein- und Ausgangsabgaben nicht günstiger als Deutschland behandelt werden.

Die von dem preußischen statistischen Bureau in letzter Zeit herausgegebenen umfangreichen Arbeiten über das preußische Volkswesen haben das, was die Volkschule bisher geleistet hat, in ein helles Licht gestellt; nicht weniger aber ist Gelegenheit gegeben worden, ziffermäßig festzustellen, daß die allgemeine Lernpflicht in dem Sinne verstanden, daß jedes geistig gesunde Kind mit den notwendigsten allgemeinen Kenntnissen im Lesen, Schreiben und Rechnen ausgestattet wird, noch keineswegs überall zur Durchführung gelangt ist. Diese Thatache ist schon dadurch erwiesen, daß in etwa 1500 Schulbezirken die Entfernung von der Grenze derselben bis zur Schule 3-4 Kilom. übersteigt, daß von den 4.340.000 Kindern, welche jährlich die Schule besuchen, nebein bis Hälfte (2.064.112) in Schülerräumen unterrichtet werden, deren übergroße Frequenz die Errichtung eines Lehrzimmers unmöglich macht. Nach der Bestimmung der preußischen Verfassung sollen die Kosten der Volkschule von den Gemeinden getragen werden; eine Bestimmung, die an sich durchaus gerechtfertigt ist, die indessen das Vorhandensein der zur Erfüllung der Aufgabe leistungsfähigen Gemeinden voraussetzt. Gerade deshalb, weil diese Leistungsfähigkeit nicht oder wenigstens nicht in dem erforderlichen Umfang vorhanden ist, hat auch die Unterrichtsverwaltung die Beschaffung der erforderlichen Schulmittel nicht erzwingen können. Der Staat hat sich bisher schon genötigt gesehen, den Gemeinden mit seinen Mitteln zur Hilfe zu kommen, und es ist das unbestrittene Verdienst der Falk'schen Aera, die Leistungen des Staates erheblich gesteigert zu haben. Die weitergehenden Absichten des Herrn Falk, in dem Unterrichtsgesetz die Volkschule ausreichend zu dotiren, sind bekanntlich an dem Widerspruch des Finanzministers gescheitert, der die Mehrausgabe von 30 Millionen Mark nicht auf die Staatskasse übernehmen zu können erklärte.

Über die Aussichten der sog. Berliner Bewegung urtheilt die „Kreuzzeit.“:

„Wir halten es für sehr möglich, ja wahrscheinlich, daß die berühmte Partei (in der Stadtverordneten-Versammlung) sich im Besitz behauptet, aber nicht, weil man ihr Regiment für das bestmögliche hält, sondern weil die Zahl derjenigen im Laufe der Zeit zu groß geworden ist, welche durch Rückläufe der materiellen Ersparnisse verhindert werden, ihrer wahren Denkwürde Ausdruck zu geben.“

Diese Insinuation knüpft die „Kreuzzeit.“ unmittelbar an die Versicherung, es sei ihr noch nie in den Sinn gekommen, den Berliner Magistrat mit den Männern von Tamany-Hall auf eine Linie zu stellen. Mit solchen Phrasen setzen sich die Kämpfer der deutschen Bürgerpartei über die Verlegenheit hinweg, mit klaren und deutlichen Worten zu sagen, was sie an der Berliner Verwaltung tadeln und was sie, wenn sie das Beste in Händen hätten, besser machen zu können glauben.

Die Demission des französischen Kriegsministers Thibaudin steht in Paris immer noch im Vordergrunde des politischen Interesses und erscheint ganz geeignet, die zwischen den Parteien bestehenden Gegensätze zu vertiefen. Die radikalen Blätter insbesondere wüthen, sprechen von einer Niederlage des republikanischen Gedankens, einem Siege der deutschen Politik und kündigen den nahen Sturz des Kabinetts Ferry an. Thibaudin hat sich dem „Gaulois“ zufolge am Tage vor seinem Rücktritt einer politischen Persönlichkeit gegenüber folgendermaßen ausgesprochen:

„Ich habe den Besuch mehrerer Deputirten aus den verschiedenen Fraktionen der Majorität erhalten, die mich ihrer Unterstützung versichert und darauf hingewiesen haben, daß die Billigung der Kammerei mir niemals gefehlt hätte. Ich war von diesen Sympathiebeweisen sehr gerührt. Herr Ferry und seine Freunde geben mich für ein Hinderniß und für eine Gefahr aus. Ich halte mich jedoch bei Seite und beschäftige mich nur mit den Angelegenheiten meines Departements; aber ich besitze die

Sympathie des Herrn Grévy, der weiß, daß er auf mich zählen kann, und dies wird Herr Ferry mir nicht vergeben. Man hat mir vorgeworfen, mehreren Ministerseils nicht beigebracht zu haben. Erstens war ich lange auf Reisen, zweitens war meine Gegenwart kaum notwendig, da es genügte, daß ein Projekt von mir ausgegangen, damit Herr Ferry es verworfen ließ. Ich habe mich gleichfalls beiseite gehalten am ersten Tage der Ankunft des Königs von Spanien, weil ich leidend war, sodann weil der Präsident der Republik, wie Sie wissen, Anfangs sich nicht auf den Nordbahnhof begeben sollte, und endlich, weil ich glaubte, daß die Angelegenheit der 15. Ulanen mich zu einer größeren Reserve nötigte. Warum haben die Journale, die an meinen Gichtanfall nicht glauben wollen, der Leberkrankheit des Herrn Challemel-Lacour so viel Glauben beigemessen? Man hat in der letzten Zeit viel von begangenen Indiscretions, von den voraus enthüllten Ernennungen von Seiten gewisser den Herren Ferry und Waldeck-Rousseau feindlichen Journale gesprochen. Aber theilt der Minister des Innern nicht täglich alle Depeschen den Redakteuren des „Temps“, des „National“, des „Paris“ und anderer seiner Politik ergebener Blätter mit? Herr Ferry macht sich Illusionen über seine Stärke; er hat die hante banque für sich, die für das Votum der Konventionen erkennbar ist, aber er ist schlecht angesehen in der diplomatischen Welt. Kurzum es ist nichts geändert, was mich betrifft. Man hat mir niemals meine Demission abverlangt und ich werde sie nicht anbieten.“

Auch der „Figaro“ behauptet, daß zwischen dem Kriegsminister und Herrn Grévy die herzlichsten Beziehungen bestehen und daß der Staatschef nur dem Andrängen Ferry's nachgegeben, welcher mit dem Rücktritt des Gesamtministeriums gedroht habe. Im Elysée sei man indeß überzeugt, daß der Rücktritt des Kriegsministers das Kabinett Ferry nicht befestigen und daß dasselbe schon in den ersten Tagen nach der Wiedereröffnung der Kammern eine parlamentarische Mehrheit gegen sich haben werde. — Über die Chancen der für den Posten des Kriegsministers in Aussicht genommenen Persönlichkeiten wird offiziell berichtet, die zwischen dem Ministerpräsidenten Ferry und dem General Lewal stattgehabten Besprechungen hätten wegen der abweichenden Ansichten des letzteren über die militärischen Reformen zu keiner Verständigung geführt; es wird daher die Ernennung des Generals Saussier zum Kriegsminister für wahrscheinlich gehalten.

Die französischen Minnisse sind unbedingt in ein Stadium fairengerechter Verfolgung getreten. Wie verlautet, ist die französische Regierung überhaupt nicht mehr geneigt, weiterhin mit dem Marquis Tseng in Paris zu verhandeln, da sie sich von der Fortsetzung der Unterhandlungen in Peking selbst mehr Erfolg verspricht. In Bezug auf den Stand der Frage schreibt die „République française“:

„Das Gericht, demzufolge das Foreign-Office die Idee angeregt hatte, die Differenzen zwischen Frankreich und China einem Kongress zu unterbreiten, entbehrt jeder Begründung. Die französische Regierung ist nunmehr genügend unterrichtet über die Dispositionen des Pekinger Kabinetts. Sie weiß, woran sie sich zu halten hat, und ist überzeugt davon, daß die laufenden Unterhandlungen zu keinem Resultat führen werden. Das will nicht heißen, daß China geneigt ist, die Dinge bis zum Krieg zu treiben. Was man auch über diesen Punkt veröffentlicht haben mag, so ist doch sicher, daß China keine Vorbereitungen zum Kriege trifft, und ist dasselbe zu sehr auf den Laufenden über die Fortschritte der Schiffswissenschaft, als daß es glaubte, seine Flotte könnte auch nur einen halben Tag lang den Kampf gegen die französische Seemacht aushalten, deren Ausbildung ganz unvergleichlich besser ist. Es will aber den status quo so lang als möglich hinziehen, sei es, daß es erwartet, ein neues Kabinett nach der Sessionseröffnung zu finden, sei es, daß es noch ebenso günstige Bedingungen zu erhalten hofft, wenn die militärischen Operationen weiter vorgeschritten sein werden. Die Ereignisse werden es zeigen, ob das Kabinett von Peking bei der Einhaltung dieser Verhaltenslinie sich nicht über seine wahren Interessen getäuscht hat.“

Diese Beurtheilung der Sachlage wird sich im Allgemeinen von der Wahrheit wenig entfernen. Während dessen scheint die Pazifikation Tonkins gegenwärtig den Franzosen keine besonderen Schwierigkeiten zu machen. In amtlichen Berichten aus Haiphong vom 26. v. M. heißt es, daß die schwarzen Flaggen sich nach Laosai zurückziehen begannen. Die annamitischen Bevölkerungen waren in Haiphong angekommen und standen im Begriff, sich nach Hanoi zu begeben.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. Okt. Eine in der Presse aufgetauchte Meldung, wonach innerhalb der Regierung für die nächste Reichstagsession eine Vorlage wegen Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnitz ausgearbeitet werden soll, ist anderweitig angezweifelt worden; es kann als sicher betrachtet werden, daß eine solche Vorlage nicht zu erwarten ist. Innerhalb der Regierung ist man froh, daß die während einiger Jahre sehr lebhafte Agitation gegen das Gesetz über den Unterstützungswohnitz schon lange erheblich nachgelassen hat; man wird sich hüten, ohne den dringendsten Antrieb in das Wespenest der gänzlich unvereinbaren Forderungen zu greifen, welche einerseits von den städtischen, namentlich süddeutschen, andererseits von ländlichen Gegnern jenes Kompromisses erhoben worden, der im Unterstützungswohnitz-Gesetz zwischen den kleinstaatlichen „Heimat“-Gesetzgebungen und dem altpreußischen Prinzip der Freizügigkeit abgeschlossen wurde. Die reaktionären Agitatoren selber haben sich allmählich überzeugt, daß es unmöglich für sie ist, von

den Deklamationen gegen jenes Gesetz zu irgend einem positiven Abänderungsvorschlag zu gelangen; denn die Gegnerschaft, welche ihren Sitz in kleinstaatlichen oder ehemals kleinstaatlichen Städten hat, verlangt Verlängerung der zweijährigen Frist, innerhalb welcher der Hülfssbedürftige nach seiner Heimatgemeinde zurückgesandt werden kann, die ländliche Opposition gegen das Gesetz aber Verkürzung dieser Frist. Da ist keine Verständigung möglich, und die Befriedigung der einen Klasse von Unzufriedenen würde die andere auf's Höchste aufbringen. Die Erinnerung an diese vor wenigen Jahren noch so agitatorisch ausgemalte Frage hat jetzt nur insofern Interesse, als man sich dabei ver gegenwärtigt, welcher Missbrauch seit 1877 oder 1878 mit der Hezerei gegen die Gesetze der „liberalen Aera“ getrieben worden. — Anlässlich des Verbots der Aufführung eines Theaterstückes in Breslau kündigt man für das Abgeordnetenhaus eine Verhandlung über die „Theaterzensur“, resp. ein Vorgehen gegen diese an. Nach allen Präzedenten ist zu bezweifeln, daß dabei irgend etwas herauskommen wird. Eine gesetzliche Grundlage der Einrichtung, welche man „Theaterzensur“ nennt, d. h. der Thatache, daß die Theaterdirektoren die neuen Stücke, deren Aufführung sie beabsichtigen, vorher der Ortspolizei mittheilen und sich einem etwaigen Verbote oder der Forderung von Änderungen unterwerfen, daß auch an manchen Orten dieses Verhältnis durch besondere polizeiliche Vorschriften geregelt ist, eine gesetzliche Grundlage hierfür wird sich allerdings nicht nachweisen lassen. Aber andererseits unterliegt es einem Zweifel, daß die Polizei befugt ist, überall, also auch auf der Bühne, Handlungen, welche sie für strafbar erachtet, zu verbieten, resp. zu verhindern. Sie würde also die Unterbrechung jeder Aufführung zunächst verlangen und die Wiederholung bis zu einem gerichtlichen Erkenntnis, wodurch die Polizei Unrecht erhielte, verbieten können. Es ist klar, daß einer solchen Prozedur sowohl vom Standpunkte des Theater-Unternehmers, als von dem der öffentlichen Ordnung aus bei weitem der jetzige modus vivendi vorzuziehen ist, trotz des Namens „Theaterzensur“. Im Allgemeinen kann man auch nicht sagen, welche Stettiner Fälle des Verboes der Augsterischen „Fourchambault“ in Abhilfe geschaffen worden, die Aufführung hat sogar dem damaligen Stettiner Polizei-Präsidenten das Amt gekostet; ob in dem jetzigen Breslauer Falle — es handelt sich um das Verbot eines angeblich die Gefühle der katholischen Bevölkerung verletzenden Stücks — Grund zur Beschwerde vorhanden ist, läßt sich, so lange man das Stück nicht kennt, nicht beurtheilen; die wenigen Verbote, welche sonst in den letzten Jahren erfolgt sind, trafen fast ausschließlich französische Stücke, deren littische Bedeutlichkeit sich ebenso wenig bestreiten ließ, wie ihre ästhetische Werthlosigkeit, und an denen das deutsche Publikum da, wo die Aufführung nicht gestattet wurde, nichts verloren hat. Jedenfalls haben die bisherigen Erörterungen, wie an die Stelle der polizeilichen „Theaterzensur“ etwas Besseres zu setzen sei, niemals ein Ergebnis gehabt.

In das Auswärtige Amt sind zwei neue vortragende Räthe, die seitherigen Konsuln in Montevideo und St. Louis, Schöll und Dr. Gerlich, berufen worden. Dieselben werden der handelspolitischen Abtheilung zugethieilt.

Fürst Bismarck gebent seinen Aufenthalt in Friedrichruh, wie von dort gemeldet wird, einstweilen noch auf unbestimmte Zeit auszuhalten, gegen Weihnachten aber, nach kurzer Anwesenheit in Berlin, mit seiner Familie nach Varzin überzusiedeln, um das Fest dort zu verleben. Der Gesundheitszustand des Fürsten soll gegenwärtig im Allgemeinen ein zufriedenstellender sein.

München, 8. Okt. Der Delegirontag des bayerischen Handwerkerbundes welcher von 74 Delegirten als Vertreter von 41 Vereinen besucht war, nahm den Antrag auf Gründung gewerblicher Kreis- und Bezirksverbände im ganzen Königreich an. Bezuglich des Anschlusses an den deutschen Handwerkerbund wurde beschlossen, daß es den einzelnen Mitgliedern freistehen solle, beizutreten. Bei Verathung des Antrages auf Trennung der Gewerbe von der Handelskammer wurde die Einführung eines gleichmäßigen Wahlmodus angenommen, durch welchen Handel und Gewerbe in gleicher Mitgliederzahl vertreten sein sollen. Der Antrag, ein Gesuch an das Staatsministerium zu richten um Gewährung eines Darlehens zur Errichtung von Verkaufsställen der Genossenschaft wurde einstimmig angenommen. Gegen das Projekt der Gründung von Offiziers-konsumvereinen sollen Schritte bei der Staatsregierung, beim Landtag und beim Reichstag eingeleitet werden. Als nächster Vorort wurde Regensburg gewählt.

Paris, 6. Okt. Die Isolierung Frankreichs — so lautet das Thema, welches sich die „R. Fr.“ gewählt hat. Das gambetta'sche Blatt schreibt:

„Es ist nicht zu leugnen, daß wir in Europa vollständig isolirt sind. Italien, das so weit entfernt ist, scheint sich noch einmal zu sammeln. Österreich-Ungarn hat keine andere Politik mehr als die des Herrn v. Bismarck und Herr v. Bismarck drückt bereit seine Ge-

sinnungen in Bezug auf uns in den bekannten Artikeln aus. Es ist vielleicht nicht aus einem Übermaß von Freundschaft für uns, daß sich Italien so sehr angestrengt hat, an der Triple-Allianz teilzunehmen. England zeigt uns, seitdem wir ihm Egypten überlassen haben, häufig schlechte Laune, weil es zwischen ihm und uns keine gemeinsamen Interessen giebt. Es blieb Spanien. Spanien wird lange die Beleidigungen empfinden, die seinem Könige zugesetzt worden sind.

Die „R. Fr.“ sucht im Weiteren die Schuld für die Vorgänge beim Empfang des Königs dem spanischen Minister des Neuzern Vega di Armijo aufzubürden, dieser hätte versöhnen müssen, daß der Enkel Ludwigs XIV. Oberst eines preußischen in Straßburg liegenden Regiments wurde. „Es gibt keinen einsichtigen Franzosen, der nicht die Folgen der Unvorsichtigkeit des Marquis de la Vega di Armijo gefürchtet hätte. Wie haben wir das Spiel Alfonso XII., des Marquis Vega di Armijo und noch eines anderen gespielt, ruft die „R. Fr.“ aus, jetzt wird man die jenseits der Pyrenäen gegen uns gerichteten Angriffe für gerechtfertigt finden. Hinter Alfonso XII. treffen wir auf Spanien und hinter Spanien auf ganz Europa, Regierungen und Völker.“ Das Blatt meint, die zweite Lehre, welche aus den Vorgängen vom Sonnabend resultire, sei, von Volksfunktionen abzusteigen — nichts so geeignet für einen Handstreich, als eine friedliche Manifestation. Der Schlüß des bemerkenswerthen Artikels des von dem Herrn Challemel-Lacour inspirirten Blattes lautet:

„Wir sind isolirt. Wir müssen daher unser Theil ergreifen, ohne sieberhaft nach allen vier Weltgegenden am Horizont nach Alianzen auszuspähen. Um solide, dauernde Bündnisse zu erlangen, giebt es nur ein sicheres Mittel — das ist, weise und stark zu sein. Seien wir weise und seien wir stark. Läßt uns eine feste, rubige, thätige Regierung haben, welche ohne Wanken auf dem Wege fruchtbringender Reformen forschreitet und vor Allem läßt uns eine Armee haben. Dann wird uns Niemand angreifen. Niemand wird sich erlauben uns zu beleidigen und Niemand werden unsere Freundschaft suchen. Eine Regierung und eine Armee!“

Petersburg, 6. Okt. Neben die Zahlen- und Machtverhältnisse der russischen und der serbischen Armee stellt ein militärischer Mitarbeiter der deutschen „Pet. Ztg.“ folgende Betrachtungen an:

„Diese 4 Armeekorps bilden die aktive Armee und enthalten 120 Bataillone, 76 Eskadrons, 48 Batterien, 20 Genie-Kompanien, auf Kriegsstärke also etwa 150,000 Kommandanten und 288 Geschütze, stellen mitin eine stärkere Armee dar, als solche Preußen im Jahre 1866 gegen Bayern, Württemberg, Hessen und die sonstigen deutschen Kleinstaaten verwandte.“

Hierzu ist jedoch noch die ungefähr gleich starke Militärarmee zu rechnen, die den Bestimmungen gemäß im Kriege wie die aktive Armee verwandt werden kann. Somit würde Rumänien nach Abzug der in den Garnisonen zurückbleibenden Truppen über eine Offensivkraft von etwa 250 000 Mann verfügen. Für den Krieg im eigenen Lande läme hierzu noch der Landsturm, über dessen sicherlich bedeutende Stärke Nähres nicht bekannt ist. Was die Brauchbarkeit der aktiven Truppen anbelangt, so hat sich diese, wie bereits erwähnt, im letzten Feldzuge bewährt. Im vorigen Jahre fanden in Rumänien große Manöver statt, bei denen gefragt, mit gleicher Truppenträger, wie die österreichische Armee in Schlesien, nach welchen sich alle Fachmänner, Armeen, namentlich über die Haltung und Ausbildung der Mannschaften ausprachen. Weniger glänzt war allerdings das allgemeine Urtheil der Offiziere betreffend.

Die Bewaffnung und Ausrüstung des rumänischen Heeres ist in der letzten Zeit mit großem Eifer betrieben worden. Obwohl die Einführung des vorzüglichen Henry-Martini-Gewehres erst Ende 1880 dekretiert wurde, so sind doch jetzt bereits 160,000 Infanterie- und 25,000 Kavallerie-Gewehre dieses Modells vorhanden. Auch die Miliz ist durchweg mit Hinterladern, allerdings nach einem älteren Modell, ausgerüstet. Ebenso sind bedeutende Lieferungen Krupp'scher Kanonen nebst zugehöriger Munition erfolgt. Für die Kavallerie und Artillerie wurden im vorigen und diesem Jahre über 4000 Pferde vom Auslande, namentlich Russland, gekauft. Zur Ausführung des, bekanntlich durch den belgischen General Briamont entworfenen, Befestigungsplans, hat das rumänische Parlament, welches mit Geldern für Kriegszwecke niemals knauert, bereits 15 Millionen Francs bewilligt und etwaige Nachtragsbewilligungen in Aussicht gestellt. Zunächst ist mit der Befestigung der Hauptstadt begonnen worden, die in ein großartiges verschanztes Lager umgewandelt wird. Aus all dem Gesagten dürfte ersichtlich sein, wie Rumänien jetzt eine, nicht zu unterschätzende Macht geworden, deren Armee im Kriegsfalle gewaltig in die Wagschale fällt. Jedenfalls bietet sie, mit der österreichischen verbündet, lechterer eine ebenso nothwendige wie starke Flankendeckung.

Was nun die serbische Armee anbelangt, so läßt sich nicht verkennen, daß auch dort, seit dem Jahre 1878 Großes geleistet worden ist. Doch erscheint es als sehr fraglich, ob dieselbe zu einer offensiven Thätigkeit außerhalb des eigenen Landes verwendet werden könnte. Das stehende Heer, in welchem allein eine längere Dienstzeit stattfindet, ist zu klein im Verhältniß zur sogenannten Nationalarmee, welche letztere nur eine sehr ungenügende Ausbildung durchmacht. Doch beträgt die Kriegsfläche des stehenden Heeres immerhin 50,000 Mann, während die Nationalarmee auf 165,000 geschätzt wird.“

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 9. Oktober.

○ Zur Luther-Feier. Durch den General-Superintendenten D. G. und den Oberbürgermeister Kohl als Kreisfachinspektor berufen, sandt gestern Nachmittag um 4 Uhr im Sitzungssaale des Konistoriums eine Konferenz der bisligen evangelischen Geistlichen und der städtischen Rektoren in Angelegenheiten der Luther-Feier für die städtischen Schulen statt. Danach wird die Schulfeier am Sonnabend, den 10. November d. J. in unseren 4 evangelischen Kirchen, Vormittags um 10 Uhr, veranstaltet. Die ca. 3000 evangelischen Schulkinder der städtischen Schulen werden, wie hier schon erwähnt, derartig auf die Kirche vertheilt, daß auf jede der selben eine fast gleich große Anzahl entfällt, und es begehen demnach ihre Schulfeier die Mittelschule in der Paulskirche, die Bürgerschule und die V. Stadtschule (Halbdorfstraße) in der Petrikirche, die I. (Al. Gerberstraße) die II. (Allerheiligenstraße) und die III. Stadtschule (Wallstraße) in der Kreuzkirche, sowie die IV. Stadtschule (St. Martin) in der Garnisonskirche. Die evangelischen Kinder versammeln sich am 10. November — der Schulunterricht fällt an dem Tage aus — vor Beginn des Gottesdienstes im Schulhause und werden in geordnetem Zuge von ihren Lehrern und Lehrerinnen nach der Kirche geführt. Wie und wo dieselben dort unterzubringen sind, haben Geistliche und Rektoren noch besonders mit einander zu vereinbaren. Ebenso liegt diesen besondere Vereinbarung ob, inwieweit mehrstimmige Gesänge von den Kindern auf den Chören gefungen und ob außer den Ansprachen z. auch Anerkennungen mit den Kindern gehalten werden sollen. In der Konferenz selbst wurden folgende 7 Choräle bestimmt, die für die Feier vorbereitet sind und ganz oder zum Theil gefungen werden sollen: „Ein' feste Burg ist unser Gott“ (Luther), „Vom Himmel hoch da kom' ich her“ (Luther), „Gelobet seist Du, Jesu Christ“ (Luther), „Nun freut euch, lieben Christen g'mein“ (Luther), „Lobe den Herren, den mächt-

tigen König der Ehren“ (Neander), „Allein Gott in der Höh' sei Ihr“ (Decius), „Nun danket Alle Gott“ (Kinkhart). Wie der General-Superintendent D. G. veranlaßt hat, daß die evangelischen Kirchen für diese Schulfeier zur Verfügung gestellt werden, so ist es seiner Einwirkung auch zu danken, daß die Kirchengemeinde-Vertretungen namhafte Geldbeiträge zur Beschaffung von Festbüchern und Luther-Bildern beauftragt unter die Schulkinder bewilligt habe. Am Schlusse des Gottesdienstes soll jedem teilnehmenden Schulfinde durch die Kirchengemeindeältesten und die Lehrer ein solches Andenken an die Feier überreicht werden, und zwar den kleinen, welche des Lesens noch unkundig sind, ein Lutherbild, den anderen aber eine geeignete Festchrift.

— Den Privat-Töchterschulen wird eine Theilnahme an der Schulfeier in der Kirche anberaumt und zu dem Zwecke für die Valentinstag-Glaubig'sche Töchterschule die Paulskirche, für die Below'sche die Garnisonkirche und für die Zukertor'sche die Petrikirche bestimmt.

r. Lehrer-Sterbekassen-Verein des Großherzogthums Posen. Gestern Abend um 8 Uhr fand in Lambert's großem Saale eine Vorversammlung des genannten Vereins zu der heutigen Generalversammlung statt. Zu derselben hatten sich etwa 50–60 Vereinsmitglieder und Delegierte eingefunden. Nachdem Rektor Lehmann die Eröffnungen begrüßt hatte, wurde dem Rektor Hecht für die Vorversammlung der Vorort übertragen. Dieser ernannte die Bürgerschullehrer Vogt und Gymn.-Vorschullehrer Schöpfer zu Beisitzern. Es wurde zunächst von dem Rektor Hecht Bericht über den Stand der Statuten-Abänderungs- und Bestätigungs-Angelegenheit erstattet, und in demselben hervorgehoben, daß die Differenz, weshalb eine Bestätigung höheren Orts nicht erfolgt sei, nur in dem § 7 des Statuts gelegen habe. Darauf wurde des weiteren in die Befreiung der neuen Geschäfts-Infraktion für das Direktorium gegangen, und es wurden besonders diejenigen Paragraphen derart erörtert, welche von den Vorschlägen der seiner Zeit eingeführten Statuten-Revisions-Kommission abweichen. Im Ganzen wurde die vom Rektor Hecht ausgearbeitete Instruction acceptirt und beschlossen dieselbe der Generalversammlung zur Annahme vorzulegen. Hierauf erfolgte eine Befreiung der heute vorzunehmenden Wahlen. Es wurde mit Ausnahme von etwa 2–3 polnischen Vereinsmitgliedern einstimmig beschlossen, den Rektor Hecht und den Hauptrentanten Knapp wieder und den Bürgerschullehrer Vogt neu zu wählen. Gegen 10 Uhr war die Versammlung beendet. Wie wir vernehmen, wollen die polnischen Vereinsmitglieder in diese Abstimmung nur polnische Kandidaten wählen und hatten sich diejenigen zu einer besonderen Vorversammlung an einem anderen Orte vereinigt.

## Aus dem Gerichtsaal.

II. Bromberg, 6. Okt. [Schwurgericht, Körpervorlegung mit tödlichem Erfolge. Betrügerischer Bankerott. Ein Briefmarter.] Am 8. Juli d. J. Abends wurde der Fleischergeselle Max Jährling, als er in Begleitung eines Freundes aus einem Tanzlokal kommend, über den Posener Platz ging, von mehreren Personen überfallen; es entstand eine Prügelei und Jährling erhielt von dem Sattlergesellen Karl Randow, der kurz vorher von ihm und andern Personen durchgeprügelt worden war, mittels eines Sattelpfriems einen Stich in den Rücken und starb tot zusammen. Der Stich war mit solcher Behemen geführt worden, daß die achte Rippe, welche von demselben getroffen wurde, gespalten war. Als Attentäter wurde Karl Randow ermordet und derselbe vorgestern vom Schwurgerichte zu 4 Jahren Buchthaus verurtheilt, sein Bruder Adolf Randow, Sattlerlehrling, erhielt wegen Beteiligung an dieser Prügelei 4 Monate Gefängnis, der Vater der beiden genannten Personen Emil Randow, Sattler, und dessen Schwiegerohn der Schuhmacher Uderjoh, welche ebenfalls wegen Beteiligung worden war, würden freigesprochen, da sie die Verantwortung die Schuldfrage bei ihnen verneint hatten. — Gestern wurde eine Anklage wegen betrügerischer Bankrotts gegen den Gardeobenhändler Adolf Gollubier von hier verhandelt. Die Geschworenen bejahten die Schulfrage wegen betrügerischen Bankrotts unter Annahme mildernder Umstände und der Gerichtshof erkannte auf 1½ Jahre Gefängnis. — Heute verhandelte das Schwurgericht gegen den früheren Posthilfsboten Franz Kaczmarek aus Wapno wegen Amtsverbrechens. In seiner Eigenschaft als Posthilfsbote bei der Postagentur Wapno hat derselbe während der Monate Juli und August d. J. eine große Anzahl, mindestens 68, durch die Post beförderter ihm zur Bestellung übergebrachte Briefe, Postkarten und Drucksachen den Adressaten nicht ausgebändigt, sondern zum Theil zerissen und zum Theil im Walde vergraben; ferner hat der Angeklagte Geldbeträge nebst Postanweisungen, welche er zur Ablieferung an die betreffende Postanstalt erhalten hatte, nicht abgeliefert, sondern unterschlagen und in Verbindung hiermit durch Unterlassung der Eintragung sich der unrichtigen Führung des Annahmebuches, welches zur Eintragung und Kontrolle von Einnahmen dient, schuldig gemacht. Die Anklage führte drei solche Fälle an. Außerdem hat der Angeklagte auch noch Postinschriften-Dokumente gefälscht, indem er Briefe mit Zusatzsurkunden, Vorladungen zu einem Termine, den betreffenden Adressaten nicht ausgebändigte, trotzdem er auf den betreffenden Urkunden vermerkte, daß die Bestellungen erfolgt resp. in den Wohnungen der Adressaten abgegeben worden seien. Der Angeklagte legte ein offenes Geständnis ab und entschuldigte sich damit, daß er zu sehr beschäftigt und nicht im Stande gewesen sei, alle Sendungen zu bestellen und er daher einen Theil derselben habe unterdrücken müssen. Die Geschworenen bejahten die Schulfrage, nahmen aber mildernde Umstände an und der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Gefängnis.

## Landwirthschaftliches.

Ernteresultate. Über den Aussall der diesjährigen Ernte in der preußischen Monarchie sind bei dem Ministerium für Landwirtschaft die Berichte der Regierungen eingegangen, welche im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden. Für die Provinz Posen lauten dieselben folgendermaßen:

1) Regierungsbezirk Posen: Wenngleich der Roggen und Weizen in Folge der anhaltenden Dürre im Juni und Juli in den Körnern klein und im Stroh kurz geblieben, und der Roggen theilweise durch Auswuchs gelitten hat, so kann doch die Ernte in diesen beiden Getreidearten im Allgemeinen als eine fast mittelmäßige bezeichnet werden.

Der Ertrag der Gerste ist fast durchweg in der Qualität reichlich, dagegen in der Qualität nur gering. Das Stroh hat durch die Nässe gelitten.

Die Haferernte ist im Ganzen eine befriedigende.

Die Erben haben durch den anhaltenden Regen am meisten gelitten und sind in vielen Gegenden wegen der geringen Quantität der Körner nur als Viehfutter zu vermerken.

Der erste Schnitt des Heus ist im Ganzen befriedigend ausgefallen, dagegen hat der zweite Schnitt durch Überschwemmung erheblich gelitten.

Die Kartoffeln haben auf zähem, undurchlässigem Boden, sowie auf Boden in niedriger Lage durch die anhaltende Nässe stark gelitten und sind theilweise ganz mirkrathen, dagegen versprechen sie in höherer Lage und auf eigentlichem Kartoffelboden einen nach Quantität und Qualität lohnenden Ertrag.

Kraut und andere Hackfrüchte lassen eine Miserate nicht befürchten.

Der Hopfen ist durch den Regen in der Blüthezeit geschädigt worden, doch dürfte eine im Allgemeinen gute Ernte zu erwarten sein.

Die Obstsorte ist eine nicht reichliche und die Früchte sind im Allgemeinen von geringer Qualität.

Die Herbstbestellung ist im vollen Gange und vollzieht sich bei der günstigen Witterung in befriedigender Weise.

2) Regierungsbezirk Bromberg: Beim Roggen ist neben dem unbefriedigten quantitativen Ertrag auch die Qualität der Körner vielfach mangelhaft.

Weizen und Hafer sind fast durchweg gut eingebracht worden.

Erben sind an vielen Orten total mirkrathen.

Der zweite Schnitt hat im Allgemeinen reichere Erträge geliefert als der erste. Der zweite Kleeschnitt kann als befriedigend bezeichnet werden.

Kartoffeln und Zuckerrüben befriedigen quantitativ und qualitativ.

Die Obstsorte ist sehr reichlich ausgefallen.

Die Herbstbestellungen sind bereits weit vorgeschritten.

Die Biehprixe sind hoch geblieben, die Getreidepreise heruntergegangen.

## Germischtes.

\* Sprottau, 7. Okt. [Bugengaleiung.] Der Personenzug, welcher in der Richtung Glogau-Hansdorf Vormittags 11 Uhr 14 Minuten den Bahnhof Sprottau passirt, entgleiste heute Morgen auf der Culauer Feldstrasse, eine kurze Strecke vom Bahnhof Sprottau entfernt. Die Entgleisung wurde durch ein Paar Ochsen, welche die Bahnstrecke herausstürmten, um den Bahnhofsvorwerke zu passiren, herbeigeführt. Einer der Ochsen wurde von der Lokomotive ergriffen und sofort getötet. Die Lokomotive rollte über den Körner des Ochsen hinweg, aber der ihr folgende Gespannwagen wurde aus den Schienen gehoben. Von den Passagieren wie vom Zugpersonal ist Niemand beschädigt worden, sie sind glücklicher Weise mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Zur Weiterbeförderung der Passagiere wurde von Sagan ein Hilfswagen requirirt. Die Passagiere mussten auf der Unfallsstelle umsteigen. Die durch den Unfall herbeigeführte Verspätung betrug ungefähr ein Stunde. An der Betriebsstandortsetzung der beschädigten Stelle des Bahnhofsvorwers wurde so eifrig gearbeitet, daß der von Sagan um 3 Uhr 9 Minuten Nachmittags hier ankommende Zug die Stelle ungehindert passiren konnte und fahrplanmäßig hier ankam. (Bresl. Ztg.)

## Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 8. Okt. Der Kaiser und die großherzoglich badischen Herrschaften wohnten gestern Abend dem Feuerwerk im Kurgarten bei und nahmen den Thee bei der Kaiserin ein. Heute Nachmittag begab sich der Kaiser zu dem Rennen nach Ifezheim. Dem Sieger im Armeerennen Rittmeister von Baddien überreichte Se. Majestät persönlich den Ehrenpreis.

Kiel, 8. Okt. Der Justizminister Dr. Friedberg ist gestern Abend hier eingetroffen und hat heute eine Besichtigung des Oberlandesgerichts und der Amtsgerichte vorgenommen.

München, 8. Okt. Kardinal Hohenlohe, welcher gegenwärtig hier weilt, besuchte den hiesigen italienischen Gesandten, Grafen Barbola, und empfing alsbald dessen Gegenbesuch.

Strassburg i. E., 8. Okt. Der Statthalter GFM. von Mantua ist heute in erwünschtem Wohlsein aus Gastein hier wieder eingetroffen.

Copenaghen, 8. Okt. Der Kaiser von Russland nimmt entgegen seiner ursprünglichen Absicht an den Jagden in Schweden nicht teil, sondern wird mit dem Prinzen von Wales nach den Prinzen Waldemar, Wilhelm und Hans zu den Jagden nach Helsingborg abgereist. — Der Kronprinz von Portugal ist über Malmö nach Stockholm abgereist.

Copenaghen, 7. Okt. Der Kaiser von Russland und der Prinz von Wales werden morgen an einer Jagd bei dem Grafen Tornerhjelm in der Nähe von Helsingborg in Schweden teilnehmen. Der König und die Königin von Griechenland haben gestern Nachmittag von Helsingör aus über Lübeck und Wien die Rückreise nach Athen angereten.

Christiania, 8. Okt. In der heutigen Sitzung des Reichsgerichts sollte die Anklage gegen den Staatsrat Vogt zur Verhandlung kommen. Die Verhandlung wurde auf den 1. Dezember verschoben, und soll das Verfahren gegen den Staatsminister Kierulf derselben vorausgehen. Der Angeklagte wird beantragen, daß die übrigen Anklagesachen ebenfalls bis zum 1. Dezember verschoben bleiben sollen.

Wien, 8. Okt. Graf Wilhelm Bismarck hat sich, einer Einladung des Grafen Andrássy zur Jagd folgend, nach Terebes in Ungarn begeben. Der König und die Königin von Griechenland sind hier eingetroffen und empfingen heute den Besuch des Erzherzogs Albrecht.

Neuenburg i. d. Schweiz, 8. Okt. Die wegen der s. g. Heilsarmee hier abgehaltene Volksversammlung war von etwa 8000 Personen besucht und nahm einen ruhigen Verlauf, eine die Ausweisung der Heilsarmee betreffende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nom, 8. Okt. Die Quarantäne für die Provinzen aus Malta, Cypren, Smyrna und Syrien ist auf eine 24stündige Beobachtung reduziert worden.

Mailand, 8. Okt. Ihre l. l. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen sind mit Ihrer l. l. Hoheit der Prinzessin Victoria über den großen St. Bernhard und von Turin kommend, gestern hier eingetroffen. Dieselben begaben sich heute zum Besuch des Königs und der Königin von Italien nach Monza und werden dasselbe auch das Diner einnehmen.

Mailand, 8. Okt. Der König kam heute zu Wagen von Monza nach Mailand, um Ihren l. l. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen einen Besuch abzustatten und weiste bei denselben ungefähr eine Stunde.

Belgrad, 8. Okt. Der frühere Ministerpräsident Pirotschanac ist dem Vernehmen nach zum Gesandten in Wien und der frühere Finanzminister Mijatovitch zum Gesandten in London designirt.

Bukarest, 8. Okt. Gestern fand in Sinaia die feierliche Einweihung des neuen königlichen Schlosses statt in Anwesenheit der Minister, des Metropoliten, des Präidenten der gesetzgebenden Körperschaften und der Spitzen der Armee und der Behörden. Bei dem Diner, welches dem Gottesdienst und der Einweihung des Schlosses folgte, brachte der König einen Toast aus auf Rumänien, in welchem er hervorhob, daß er das



